

Der Sicherheitsrat ist gefordert

Im Dezember 2005 wurde die Kommission für Friedenskonsolidierung geschaffen. Sie sollte Postkonfliktländer darin unterstützen, nicht wieder in einen gewaltsamen Konflikt zurückzufallen. Fünf Jahre nach ihrer Gründung stand im Jahr 2010 eine Überprüfung an. **Peter Wittig** fasst die Empfehlungen dieser Überprüfung zusammen und nennt Bereiche, in denen Verbesserungsbedarf besteht. Seiner Ansicht nach reicht die vorhandene UN-Struktur für die Friedenskonsolidierung nicht aus: Das ganze System, insbesondere der Sicherheitsrat, müsse sich stärker als bisher auf die Friedenskonsolidierung konzentrieren und es als eine Investition in die Zukunft betrachten.

Im September 2011 wollen die Palästinenser vor die Vereinten Nationen treten, um einen eigenen Staat Palästina auszurufen und ihn von den UN-Mitgliedstaaten anerkennen zu lassen. Ob dies eine geeignete Maßnahme ist, um die festgefahrenen Friedensverhandlungen voranzubringen und zu einer Lösung des Nahost-Konflikts zu gelangen, diskutieren kontrovers **Muriel Asseburg** und **Hans-Joachim Heintze**.

Die Völkermorde in Ruanda und Srebrenica sowie zahlreiche Berichte über sexuelle Übergriffe von UN-Friedenssoldaten haben immer wieder die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit die UN und ihr Personal an die Menschenrechte gebunden sind. **Michael Lysander Fremuth** untersucht die menschenrechtlichen Bindungen von UN-Friedensmissionen und kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl die UN als auch die Mitgliedstaaten verantwortlich sind. Doch bestünden noch Unklarheiten, die der UN-Sicherheitsrat beseitigen könnte. Er könnte eine Grundsatzresolution, ähnlich der zu Frauen und Frieden und Sicherheit, verabschieden, die die explizite Pflicht auf den Menschenrechtsschutz aller Friedensmissionen festlegt. Auf diese Resolution könnte in allen künftigen Missionsmandaten verwiesen werden.

Deutschlands Enthaltung bei der Libyen-Resolution des Sicherheitsrats vom März 2011 hat zu heftigen Debatten in Wissenschaft und Medien geführt. Mehrheitlich wurde dieser Schritt als ein Bruch mit den traditionellen Linien deutscher UN- und Außenpolitik angesehen. War diese Enthaltung wirklich so außergewöhnlich? Dieser Frage sind **Manuel Fröhlich** und **Christian Langehenke** nachgegangen. Anhand einer Untersuchung aller bisherigen Enthaltungen Deutschlands als nichtständigem Mitglied im Sicherheitsrat zeigen sie, dass sich die Libyen-Enthaltung in vielerlei Hinsicht von den vorangegangenen Enthaltungen unterscheidet.



Ich wünsche eine anregende Lektüre.

Anja Papenfuß, Chefredakteurin
papenfuss@dgvn.de